



Der Kommunalbrief

Erstes Quartal 2022 | Q1

An der Ampel: Daseinsvorsorge im Koalitionsvertrag

2022 beginnt mit Omikron, EU Taxonomie, Energiepreis-Diskussion und dem Vorsatz, dreimal schneller beim Klimaschutz zu werden. Unser Land setzt zum Ultra-Lauf an – mit Rückstand, wie Bundesminister Habeck zutreffend formulierte. Neue, h2-ready Gaskraftwerke ermöglichen die Aufholjagd, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Und mit ihrer konsequenten Umrüstung auf Wasserstoff können wir sie für den Schlusspurt auf der Klima-Zielgeraden nutzen. Die Einstufung von Gaskraftwerken als nachhaltig in der EU Taxonomie ist folgerichtig.

Wie wir die weiteren Ampel-Vorhaben einschätzen, lesen Sie in diesem Kommunalbrief.

Energiepreise: Discounter haben sich verzockt, Stadtwerke springen ein

Die Preisrallyes an den Energiemärkten zeigen: Viele billige Energie-Discounter haben sich verzockt. Insolvenzen und Kündigungen sind die Folge. Das verunsichert viele. Doch auf der Strecke bleibt niemand, weil wir als Grund- und Ersatzversorger einspringen. Das geht, weil wir nicht auf schnelle Gewinne schielen, sondern langfristige Beschaffungsstrategien fahren. Das ist Daseinsvorsorge. Nun kommen ungewöhnlich viele Neukunden hinzu. Daher führen manche Versorger gesplittete Grundversorgungstarife für Alt- und Neukunden ein: Dass die häufig sozial schwachen Kunden der Grundversorgung den Preis für das Risiko der Neukunden zahlen sollen, entspricht nicht unserem Verständnis von sozialer Verantwortung. Zu guter Letzt: Omikron stellt derzeit kein erhöhtes Risiko für die Versorgungssicherheit dar. Die bewährten Notfall- und Pandemiepläne sind permanent aktiviert, Maßnahmen werden angepasst. Was uns hilft, lesen Sie hier:

Schwerpunkte dieser Ausgabe



Klimaneutrale, leistungsstarke und bezahlbare Kommunen sind unser Ziel. Wie wir die Vorhaben der neuen Bundesregierung dazu einschätzen, lesen Sie in unserem kompakten Schnell-Check zum Koalitionsvertrag.

Energiewende.....2

Wasser: Klima- und Ressourcenschutz!....4

Glasfaser: Ampel setzt aufs schnellste Pferd.....5

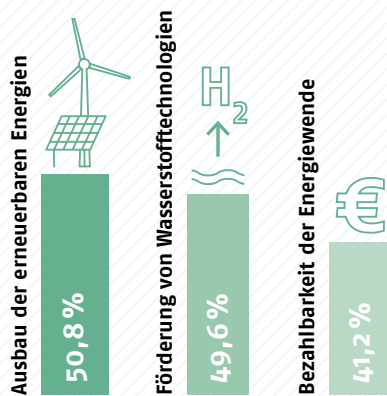
Infrastruktur-Update anschieben.....6

Fokus auf Abfallvermeidung richtig.....7





Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher direkt entscheiden könnten: Wo Bund und Länder im kommenden Jahr beim Thema Klimaschutz ihre Schwerpunkte setzen sollten.



Top-3-Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Civey im Auftrag des VKU, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Gas geben bei der **Energiewende**

Die Ampel möchte beim Klimaschutz Tempo machen. Das ist richtig. Die Ziele sind äußerst ambitioniert. Wenn sie erreicht werden sollen, braucht es jetzt zügig konkrete Maßnahmen. Nur mit den richtigen Rahmenbedingungen können die kommunalen Unternehmen dazu beitragen, die Klimaschutzziele zu erreichen.

Erneuerbare-Energien-Offensive

Das 80 Prozent-Erneuerbaren-Ziel ist für alle Akteure extrem herausfordernd. Wir brauchen jetzt eine Erneuerbare-Energien-Offensive, durch die Ausbaubremsen gelöst werden. Grundlage dafür wäre ein zusammenhängendes Handlungspaket, das u.a. folgende Aspekte aufgreift:

- **mehr Flächen für Windenergie- und PV-Anlagen**
- **Schnellere Planung und Genehmigung, etwa durch einfachere Verfahren und mehr Personal für Genehmigungsbehörden und Gerichte**
- **verstärkter Netzausbau; bessere Sektorenkopplung**
- **Gleichgewicht zwischen Arten- und Klimaschutz**

Um diese Ausbauoffensive starten zu können, sollte die Bundesregierung die wichtigen Akteure an einen Tisch holen und einen nationalen Konsens schaffen.

Praktikable Wärmewende

Gut ist, dass die Wärmewende verstärkt im Fokus der neuen Koalitionäre steht. Richtig ist dazu auch das Bekenntnis zu Technologieoffenheit: Unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort verlangen unterschiedliche Strategien. Dabei zeigt sich zunehmend, dass der deutsche Weg zur Klimaneutralität erheblich vom Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft abhängt. Hierbei werden H₂-ready KWK-Anlagen und Gasnetze ein entscheidender Wegbereiter sein. Für die Wärmewende brauchen wir außerdem:

- **Verbindliche kommunale Wärmepläne**
- **Systematische Förderung von Wärmenetzen, erneuerbaren Wärmeerzeugern und Abwärmenutzung**
- **Weiterentwicklung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG)**





11011

Der Kommunalbrief

Q1 | 2022

Eine verlässliche Perspektive für die Unternehmen

Ein vorgezogener Kohleausstieg, wie ihn die Koalition anstrebt, muss an bestimmte Voraussetzungen geknüpft werden. Die wichtigste ist Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme. Es ist daher gut, dass die neue Bundesregierung die Notwendigkeit neuer Gas-KWK-Anlagen anerkennt. Sie können später auf Wasserstoff umgestellt werden. Kommunale Unternehmen brauchen für den Bau solcher Anlagen eine verlässliche Perspektive für ihre Investitionen. Dazu gehören zum einen schnell wirkende Anreize für den Neubau. Zudem braucht gesicherte Leistung endlich ein Preisschild. Zum anderen muss der Vertrauensschutz für Investitionen in bestehende und in neue Assets wieder gestärkt werden. Letzteres gilt für EE-Anlagen und gleichermaßen für Gaskraftwerke als auch für die Gasnetze. Sie ebnen den Weg in die Wasserstoffwirtschaft. Wir müssen daher auch zeitnah die Wasserstoffreadiness rechtssicher ausgestalten, damit die Unternehmen die Transformation anstoßen können.

Systemneustart statt Reparatur

Die Finanzierung der Energiewende braucht einen Neustart. Dazu sollte so schnell wie möglich eine grundlegende Reform der Steuern, Entgelte und Umlagen im Energiebereich auf den Weg gebracht werden. Die von der Koalition vereinbarte Abschaffung der EEG-Umlage ist richtig, aber nur ein erster Schritt. Künftig muss ein sektorübergreifender, idealerweise europäischer CO₂-Preis im Mittelpunkt des Finanzierungssystems stehen. Dieser entfaltet die richtige Steuerungswirkung: hin zu klimafreundlichen Technologien und zu mehr Energieeffizienz. Gerade letztere muss in dieser Legislaturperiode erheblich gestärkt werden. Efficiency First darf nicht eine Floskel bleiben, sondern muss mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden. Dazu gehört auch die Verbesserung der Förderung energieeffizienter Projekte.

Für die Energiewende vor Ort müssen wir zudem stärker auf den Quartiersansatz setzen. Das Quartier erlaubt, verschiedene Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wärmenetze sowie klimaneutrale Quellen und neue Verbrauchsarten wie Elektromobilität und Wärmepumpen zusammenzudenken und effizient der Lage vor Ort anzupassen.

Neue, h2-ready Gaskraftwerke ermöglichen die Aufholjagd ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.



Bis zu

40 GW

neue Leistung aus Gaskraftwerken brauchen wir bis 2030, um Klimaschutz und Versorgungssicherheit zu vereinen. Davon sind gerade einmal knapp 4 GW im Bau. 5–7 Jahre dauert der Bau von der Planung über die Genehmigung bis zur Inbetriebnahme – wenn alles gut geht.

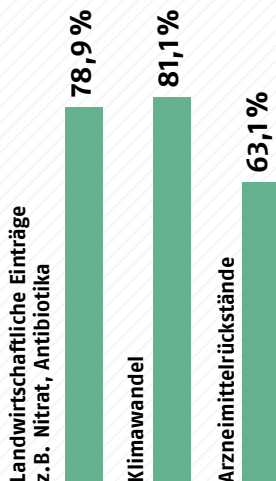
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zur
[Klimaneutralen Kommune](#)



Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich diese Themen negativ auf die Trinkwasserressourcen und -versorgung auswirken:



Quelle: TWIS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Wasser: **Klima- und Ressourcenschutz!**

Klimawandel und demografischer Wandel erfordern besonders an Systemen und Infrastrukturen der Wasserwirtschaft Anpassungen. Das Bekenntnis der Bundesregierung, nachhaltige Investitionen in Wasserinfrastrukturen zu unterstützen, ist deshalb wichtig.

Investitionsbedarf steigt

Wassernetze und Abwasserkanäle werden für Generationen gebaut und brauchen gute Pflege. Dafür investiert die kommunale Wasserwirtschaft beständig auf hohem Niveau: acht Milliarden Euro pro Jahr. Doch vielerorts geraten Teile der Infrastruktur an das Ende ihrer Nutzungsdauer. Klimawandel, Demografie und Instandhaltung steigern den Investitionsbedarf.

Grüne Städte, blaue Speicher

Begrünte Hausfassaden und Dächer, blaue Regenauffangbecken: Grün- und Blauflächen binden klimaschädliches CO₂, kühlen unsere Städte im Sommer und saugen Starkregen auf wie ein Schwamm. Deswegen begrüßen wir die Ankündigungen zu Klima-Anpassung – z.B. die vorsorgende Klimaanpassungsstrategie oder das gemeinsame Finanzierungsinstrument von Bund und Ländern zur Klimaanpassung und Klimavorsorge.

Demografie: Infrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif

Wir brauchen eine Antwort auf die Frage der Bezahlbarkeit. Gerade im ländlichen Raum schultern oft immer weniger Menschen die Kosten für Instandhaltung und Modernisierung der Wasserinfrastrukturen. Daseinsvorsorge darf keine Frage des Wohnorts sein. Deswegen werden wir uns bei der praktischen Ausgestaltung des neuen Fördertatbestands „Regionale Daseinsvorsorge“ dafür einsetzen, eine Startprämie für interkommunale Kooperationen zu verankern.

Verursacherprinzip leben

Zur Quantitätsfrage kommt die Qualitätsfrage. Die Ampel muss die Frage beantworten, auf welches Modell wir beim Schutz der Ressourcen für die Trinkwasserversorgung setzen. Sind das mehr und mehr technische Lösungen der Wasseraufbereitung und der Abwasserbehandlung? Das würde die Wasserwirtschaft strukturell verändern und Bürgerinnen und Bürger finanziell belasten. Oder stärken wir das Vorsorge- und Verursacherprinzip, sodass wir Anreize für Ressourcenschutz setzen? Das wäre aus unserer Sicht der richtige Weg. Dafür brauchen wir eine erweiterte Herstellerverantwortung.





Glasfaser: Ampel setzt aufs schnellste Pferd im Stall

Die Ampel will flächendeckende Glasfasernetze bis in jede Wohnung. Damit setzen die Koalitionäre aufs schnellste Pferd im Stall der digitalen Infrastrukturen. Auch zur Finanzierung des Ausbaus finden sich gute, weil differenzierende Ansätze im Koalitionsvertrag. Die Details der gesetzlichen Regeln werden entscheiden, ob die Ampel schnelles Internet in Stadt und Land bringt.

Vernünftige, weil differenzierende Förderansätze

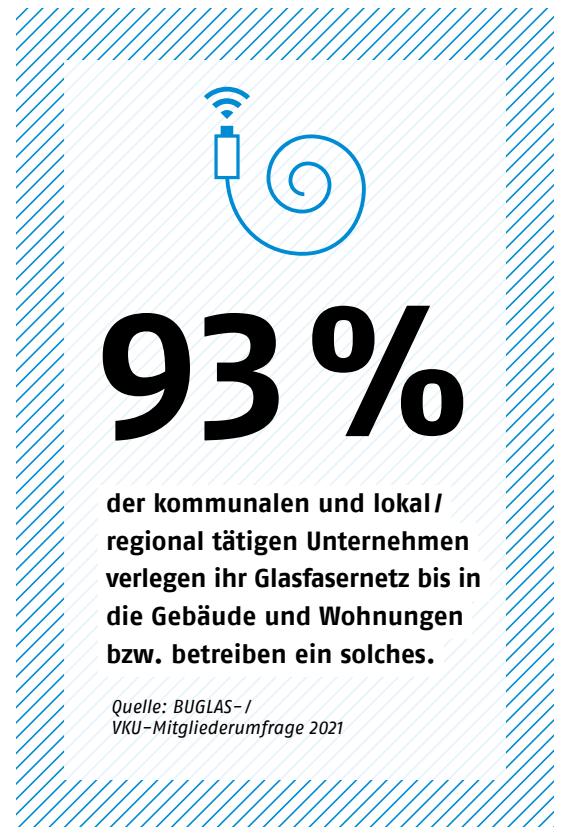
Der eigenwirtschaftliche Ausbau hat Vorrang. Dort, wo Potenzialanalysen einen Förderbedarf ergeben, kann die Förderung des Glasfaserausbau auch ohne Aufgreifschwelle genutzt werden. Dieser differenzierende Ansatz ist vernünftig. So werden unterschiedliche Ausbausituationen vor Ort berücksichtigt. Zudem sollen Voucher das Förder-Instrumentarium ergänzen. Voucher sind VKU-Förderung, weil sie die Nachfrage anreizen und so den wirtschaftlichen Ausbau ankurbeln – gerade in kleinsten innerstädtischen Gebieten und Randlagen.

Open Access-Lösungen unterstützen, Kooperationen erleichtern

Ein gutes Signal ist das klare Bekenntnis zu Open Access, den rund drei Viertel der kommunalen Unternehmen anbieten bzw. unmittelbar davorstehen. Open-Access, der wie angekündigt den Investitionsschutz wahrt, sollte auch darauf zielen, dass große Anbieter die örtlichen Glasfasernetze der kommunalen Unternehmen nutzen. Generell sollte Regulierung weg vom Wettbewerb zwischen Netzen, hin zum Wettbewerb auf dem Netz. Das ist auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Zudem sollte Politik Kooperationen erleichtern.

Kürzere Verfahrensdauer, viel Aufwand bei Gigabit-Grundbuch?

Langwierige Verfahren verzögern den Glasfaserausbau. Darum sind schlankere und digitale Genehmigungsverfahren richtig. Zudem brauchen Behörden mehr Personal. Für mehr Akzeptanz in den Kommunen könnte es zudem sinnvoll sein, alternative Verlege-Techniken zu normieren. Ein guter Ansatz kann das Gigabit-Grundbuch sein – aber nur, wenn alle bestehenden oder auf Bundes- und Landesebene geplanten Dokumentationen der Infrastrukturen darin zusammengeführt werden. Für Unternehmen sollte der Aufwand verringert und nicht weiter erhöht werden.

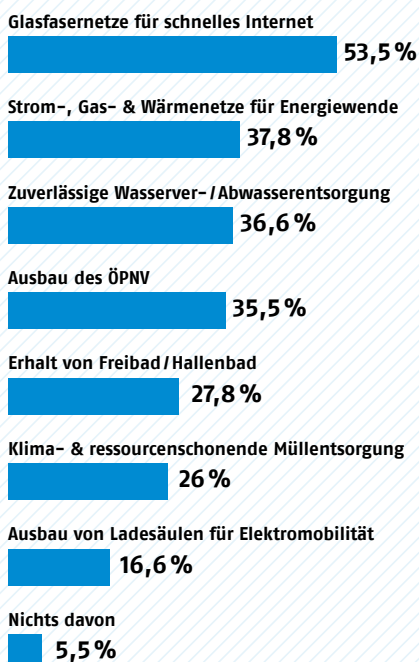


© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Welche drei Infrastrukturvorhaben bei den Menschen vor Ort höchste Priorität haben sollten!



Für mehr als die Hälfte der Deutschen hat der Ausbau der Glasfasernetze für schnelles Internet in ihrem Ort höchste Priorität (53 Prozent), noch vor den Netzen für die Energiewende. Diesen Handlungsbedarf bei Modernisierung und Erhalt der Infrastrukturen vor Ort bestätigen auch die Experten der kommunalen Unternehmen (65 Prozent).

Mehrfachauswahl bei repräsentativer Civey-Umfrage unter 10.000 Befragten in Februar/März 2020, drei Antworten möglich.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

In den ersten 100 Tagen Infrastruktur-Update anschieben

Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, Vorfahrt für Infrastrukturinvestitionen: Die Ampel steuert bei Infrastrukturen in die richtige Richtung. Denn Digitalisierung, Demografie und Klimawandel erfordern zügig Anpassungen an den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

Das muss solide geplant, mit spitzem Bleistift kalkuliert und langfristig vorbereitet werden. Kurzum: Investitionen in Infrastrukturen brauchen Vorlauf. Die Ampel sollte daher die ersten 100 Tage nutzen, um Investitionsbremsen zu lösen und ein Infrastruktur-Update anzuschieben. Davon profitieren der Wirtschaftsstandort und die Menschen, besonders die junge Generation.

Wind- und PV-Anlagen, Gaskraftwerke (S.2), Strom-, Wärme- und Glasfasernetze (S.5) müssen ausgebaut, der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft angeschoben (S.3) und die Wasserwirtschaft an die Folgen des Klimawandels und des demographischen Wandels angepasst werden (S.7). Das sind gewaltige Aufgaben. Dazu stehen im Koalitionsvertrag gute Ansätze. Entscheidend ist die Umsetzung.

Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren sind gutes Signal

Die Koalitionäre wollen Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Infrastrukturausbau beschleunigen, z.B. für Strom- und Wasserstoffnetze. Die geplanten Maßnahmen sind richtig: Seien es Stichtagsregeln, um Verzögerungen zu vermeiden, oder das Ziel, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Wichtig ist, schnell den Vorrang für Klima-Infrastrukturvorhaben bei der Schutzgüterabwägung rechtssicher zu verankern.

Smarte Verteilnetze brauchen verlässliche Finanzbasis

Erheitzige Klimaziele, steigender Energiebedarf: Das Ziel, den Netzausbau zu beschleunigen, ist richtig – ohne Netz, kein Strom. Doch der Teufel steckt im Detail der konkreten Ausgestaltung. Mit neuen Netznutzern, z.B. Ladesäulen für Elektroautos, Wärmepumpen oder Speichern, steigt auch der Abstimmungsbedarf zwischen den Akteuren. Um das Netz stabil und die Versorgung sicher zu halten, benötigen wir digitale, intelligente Steuerung und den Umbau zu Smart Grids. Erstes, gutes Signal ist der beschleunigte Rollout intelligenter Messsysteme. Nun muss eine verlässliche Finanzbasis für Investitionen in intelligente Netze geschaffen werden.





Fokus auf **Abfallvermeidung** richtig

Ganz klar: Der beste Abfall entsteht gar nicht erst. Deswegen ist der Fokus im Koalitionsvertrag auf Abfallvermeidung genau richtig, zum Beispiel über die Stärkung der Mehrwegsysteme und die Zurückdrängung der sehr problematischen Retourenvernichtung.

Drei Themen sind aus Sicht der Abfallwirtschaft in der neuen Legislaturperiode darüber hinaus besonders wichtig:

1. Kein CO₂-Preis auf Siedlungsabfälle

Auf europäischer Ebene (ETS) ist aus guten Gründen keine CO₂-Bepreisung für die energetische Nutzung von Siedlungsabfällen vorgesehen. Deutschland sollte hier keinen nationalen Sonderweg beschreiten und im BEHG (Brennstoffemissionshandelsgesetz) von der CO₂-Bepreisung der energetischen Nutzung von Abfällen abzusehen. Abfälle sind nicht in erster Linie Brennstoffe, sondern müssen entsorgt werden – auch wenn die Energienutzung ein sinnvoller und gewollter Nebeneffekt ist.

Ein deutscher CO₂-Preis auf Müllverbrennung hätte folgende Konsequenzen:

- eine Erhöhung der Abfallgebühren
- eine Beförderung des Mülltourismus ins Ausland und so im Ergebnis noch mehr Treibhausgase (Stichwort: „Carbon Leakage“)
- keinerlei Lenkungswirkung

2. Littering: Herstellerverantwortung konsequent umsetzen

Littering, also die Verschmutzung des öffentlichen Raums, wird für die Kommunen kommendes Jahr besonders wichtig sein. Denn 2022 soll die EU-Einwegkunststoffrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt und damit Hersteller bestimmter Kunststoffprodukte an kommunalen Reinigungskosten beteiligt werden. Hier treten wir für einen Fonds ein, der eine ausreichende und verlässliche Finanzierung kommunaler Reinigungsleistungen sicherstellt.

3. Wasserstoff aus Abfällen ist „grün“

Beim Klimaschutz zählt jede Tonne eingespartes CO₂. Deshalb brauchen wir Technologieoffenheit in der künftigen Wasserstoffregulatorik.

Dies würde in der Praxis vor Ort bedeuten:

- Die kommunalen Abfallentsorger könnten zahlreiche neue Projekte umsetzen
- Müllverbrennungsanlagen können so etwa für die Wasserstoffherzeugung eingesetzt werden
- Der so erzeugte grüne Wasserstoff kann dann zum Betanken der Müllautos mit Brennstoffzellenantrieb genutzt werden – Kreislaufwirtschaft par excellence!

76%

ihrer CO₂-Emissionen hat die kommunale Abfallwirtschaft seit 1990 eingespart. Damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes.

Quelle: eigene Berechnung aus UBA: Treibhausgas-Bilanz (2020) und Prognos/Infra: Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft (2020)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin

Fon +49 30 58 58 0-0

Fax +49 30 58 58 0-100

info@vku.de, www.vku.de



Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media

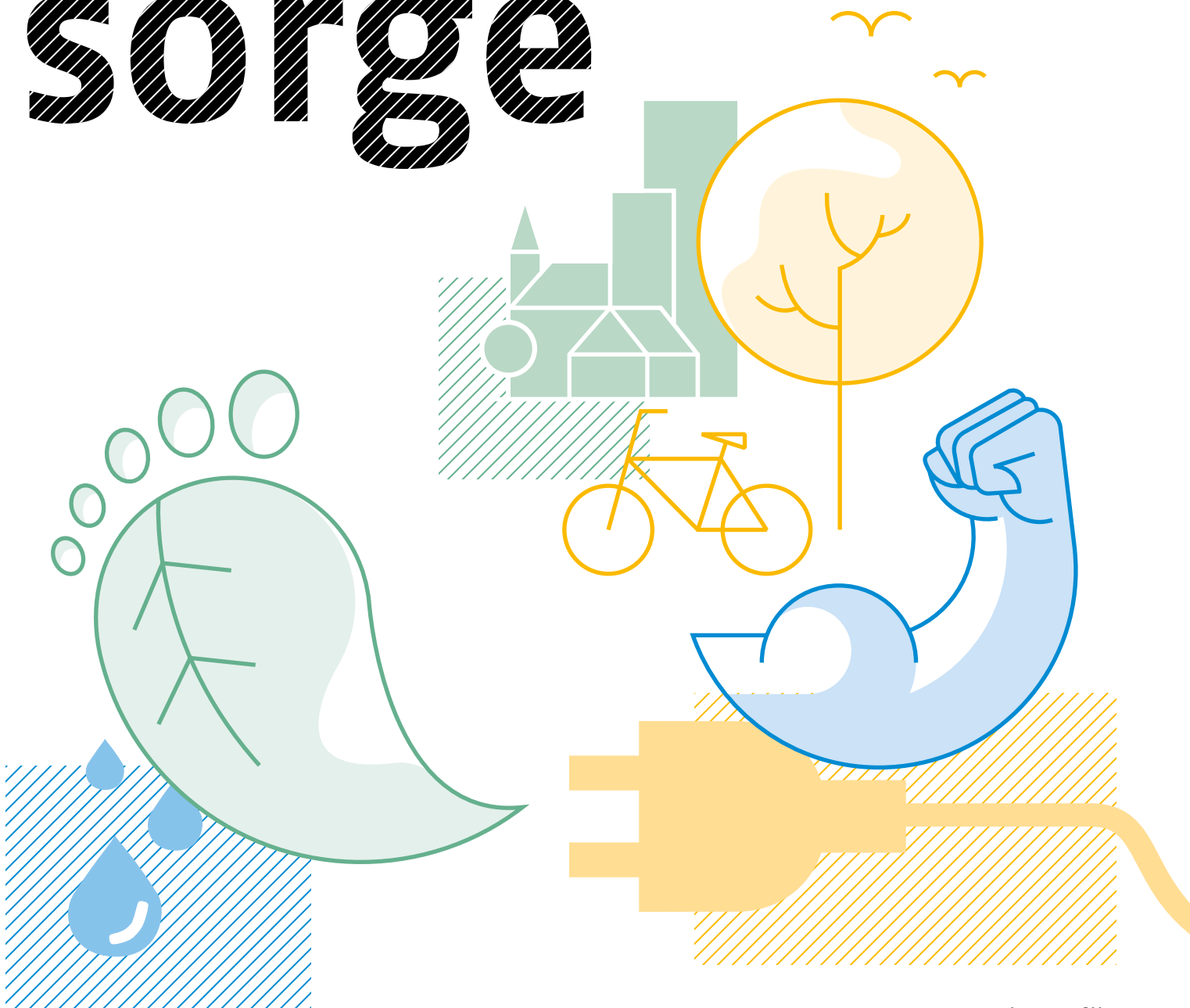


Direkt zu

[VKU legt Rechtsgutachten zu Siedlungsabfällen als Brennstoffe nach dem BEHG vor](#)

Daseins vor sorge

Positionen kommunaler
Unternehmen: **klimaneutral,
leistungsstark, lebenswert –
kompakt und als Podcast**



Weil nichts passiert,
wenn es nicht vor Ort geschieht.

Unser Beitrag für
heute und morgen
2030plus.vku.de